

**Schleswig-Holsteinischer Landtag** □  
**Umdruck 16/3743**

Staatssekretär

An den  
Vorsitzenden des  
Innen- und Rechtsausschusses  
des Schleswig-Holsteinischen Landtages  
Herrn Werner Kalinka, MdL  
Landeshaus

24105 Kiel

3.12.2008

**Gesetzesvorhaben zur Umsetzung EU-Richtlinie INSPIRE**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

am 26.11.2008 wurde in der 84. Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses unter TOP 6 von Herrn Dr. Weichert (ULD) darauf hingewiesen, dass im Innenministerium ein Gesetz zur Umsetzung der EU-Richtlinie INSPIRE (Infrastructure for Spatial Information in Europe) vorbereitet wird. Nähere Informationen zu dem Thema konnten von Seiten des Innenministeriums in der Sitzung nicht gegeben werden. Es wurde zugesagt, den Innen- und Rechtsausschuss über den Stand der Dinge zu informieren.

Mit dem Ziel, allgemeine Bestimmungen für die Schaffung der Geodateninfrastruktur in der Europäischen Gemeinschaft für die Zwecke der gemeinschaftlichen Umweltpolitik sowie anderer politischer Maßnahmen oder sonstiger Tätigkeiten, die Auswirkungen auf die Umwelt haben können, zu schaffen, ist die Richtlinie 2007/2/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. März 2007 (ABl. EU Nr. L 108 S.1) erlassen worden. Eine Umsetzung in nationales Recht ist innerhalb von 2 Jahren nach Inkrafttreten vorzunehmen. Die Umsetzung erfolgt in Form eines Bundesgesetzes und in Form von Ländergesetzen. Auf Bundesebene ist der Entwurf des Geodatenzugangsgesetzes am 13.11.2008 von Bundestag verabschiedet worden; die 2. Befassung des Bundesrats ist für den 19.12.2008 vorgesehen.

In Schleswig-Holstein erfolgt die Umsetzung unter der Federführung des Innenministeriums. Ein Entwurf eines Geodateninfrastrukturgesetzes befindet sich derzeit in der fachlichen Abstimmung im ressortübergreifenden Arbeitskreis Geodaten. Parallel dazu arbeiten das Innenministerium und das Unabhängige Landeszentrum für Datenschutz (ULD) an Regelungen, um den datenschutzrechtlichen Belangen gerecht zu werden.

Wenn der Abstimmungsprozess sowohl hausintern als auch mit dem Arbeitskreis Geodaten und mit dem ULD abgeschlossen ist, wird das Innenministerium das eigentliche Gesetzgebungsverfahren einleiten. Dieses wird voraussichtlich zu Beginn des nächsten Jahres mit dem Ziel erfolgen, dass der Schleswig-Holsteinische Landtag noch vor der Sommerpause 2009 über das Geodateninfrastrukturgesetz entscheidet.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Ulrich Lorenz